

## **Ergebnisprotokoll** des Koordinationsworkshops

# **Bildungszentren / Vernetzung / Verbund**

23. Mai 2001  
13:00 - 17:00 Uhr  
Seminarzentrum Strudlhof, 1090 Wien

Moderation und Leitung:  
Peter Schlögl, Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung

1. Rahmen und Ziele des Workshops .....	2
2. Der österreichische Konsultationsprozess .....	2
3. Eröffnungsstatements und Erfahrungsaustausch .....	2
4. Diskussion der TeilnehmerInnen.....	8
5. Thesenhafte Strategieansätze aus der Diskussion .....	14
6. Weitere Vorgehensweise .....	14
7. Resümee .....	15
8. Anhang .....	17

## 1. Rahmen und Ziele des Workshops

- Analyse des Ist-Zustandes
- Erfahrungen "Cases of good Practise"
- Ansätze einer Strategieentwicklung

## 2. Der österreichische Konsultationsprozess

Martin Netzer vom Koordinationsbüro Lebenslanges Lernen des bm:bwk berichtet über die aktuellen Entwicklungen des österreichischen Konsultationsprozesses zum *Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission* sowie über die über den Zeitraum der Berichtslegung hinausreichenden Aktivitäten des Ministeriums (siehe Anhang).

## 3. Eröffnungsstatements und Erfahrungsaustausch

Paul Kral (PI Wien) verweist darauf, dass seiner Erfahrung nach die freiere Verfügbarkeit finanzieller Mittel im Sinne von eigenständiger interner Umschichtung von Budgets einen wesentlichen Beitrag zur Anregung von Vernetzungen im Sinne von Synergien fördert. Die Schulöffnung ist seiner Ansicht nach eine neue Anforderung an Schulen aus organisatorischer Sicht. Eine mehrfache Ressourcennutzung erscheint aber sinnvoll, da mit einer Ausweitung der Mittel nicht zu rechnen ist und eine übergreifende Nutzung – als Gemeinsamkeit betrieben – zumindest Optimierungsfreiräume schaffen kann.

Elisabeth Wappelshammer (ÖIEB) bringt mehrere gelungene Beispiele von Kooperationen ein. Sie berichtet von dem Projekt *Senioren in Städten und Gemeinden*, das gemeinsam mit dem *Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen* durchgeführt wurde und das sich speziell der Berücksichtigung von Bedürfnissen älterer Menschen widmete. Auch die *Bad Ischler Tage zur Volksmusik* sowie eine Tagung zum Themenkomplex *Brüche/Traditionen* wurden in Kooperation durchgeführt, diesfalls gemeinsam mit den Universitäten Wien, Salzburg, dem ORF und dem Musiker Hubert von Goisern.

Wappelshammer weist darauf hin, dass regionale Vernetzung jeweils in einen regionalen Kontext eingebunden sein muss und insbesondere die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bei involvierten Einrichtungen damit - auch wegen möglicher Interessenkollisionen - nicht alleine gelassen werden sollten. Auch seien Vernetzungsprojekte, die ausschließlich von ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen getragen seien, hinsichtlich ihrer nachhaltigen Etablierung gefährdet. Kooperationen, die einen engen örtlichen Rahmen nicht verlassen, enden oft an Vereinsgrenzen, konstatiert sie aus ihrer Erfahrung. Ein Lösungsvorschlag ihrerseits ist, kleine finanzielle Töpfe in den Regionen zugänglich zu machen. Dies würde ihrer Einschätzung nach verbundorientierte Kooperationen mittlerer Reichweite anregen bzw. ermöglichen.

Edith Winkler (bm:bwk) berichtet von der Donauuniversität Krems (universitäres Weiterbildungszentrum). Dieses nähert sich an FH-Studiengänge in Niederösterreich an (die Entwicklung eines "Campus Krems" wird vom Land auch gefördert). Hinsichtlich räumlicher Nutzungen erwähnt sie, dass in Niederösterreich verschiedenste Nutzungen vorliegen z.B. geplant sind (z.B. mit dem Stift Göttweig, aber auch sonst vielfältige Möglichkeiten). Die Donauuniversität selbst ist in einer ehemaligen Tabakfabrik untergebracht, die zuvor für eine Landesausstellung renoviert/adaptiert wurde. Interessant erscheint ihr eine Verbundlösung mit anderen Universitäten, weniger mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Christine Teuschler (VHS-Landesverband Bgld) weist auf den Kooperationsbedarf der burgenländischen Volksbildung durch lang gestreckte räumliche Strukturen hin. Weiters verfüge der Verband kaum über eigene Räumlichkeiten. Bestehende Kooperationen gibt es mit dem Volkswbildungswerk Burgenland (geteilte Trägerschaft in verschiedenen Bereichen, Förderung der Infrastruktur seitens des Bildungsministeriums), weiters mit Kulturzentren (was aber mittlerweile mit finanziellem Aufwand verbunden ist). In anderen Orten, wo solche Einrichtungen nicht bestehen, muss eingemietet werden (z.B. in öffentlichen Schulen), was immer mehr zum Problem wird, je weiter Vereine/ Strukturen/ TeilnehmerInnen von der jeweiligen Gemeinde entfernt liegen und der soziale Bezug verloren geht.

Die verhältnismäßig neue Teilrechtsfähigkeit der Schulen ist für die Volkshochschulen insofern ein Problem, da z.B. Mieten für Räume ansteigen, die Ausstattungsqualität aber gleich bleibt. Weiters weist sie auf das Problem der Vereinbarungen mit den Schulwarten hin, das auch von Direktoren/Bürgermeistern nicht gelöst wird/werden kann. Ein besonderes Problem stellt die Nutzung von EDV-Ausstattung dar, über die der Verband burgenländischer Volkshochschulen nicht in ausreichendem Maß verfügt, von Schulen aber selten angeboten wird bzw. der Zugang oft mit zusätzlichen Bedingungen verbunden wird wie z.B. jener, dass der/die KursleiterIn eine hauseigene LehrerIn sein muss. Dies ist vielfach auch wegen der unterschiedlichen Honorarvorstellungen nicht einfach zu leisten. Dass jedoch nur "hauseigene" Personen Schlüssel zu diesen Räumen erhalten, kann zu Abhängigkeit führen. Neue Möglichkeiten diesen Problemen zu begegnen sieht Teuschler durch neue Technologiezentren und/oder die Schaffung von Qualifizierungsverbänden. Gegenwärtige Kooperationen gibt es im Burgenland mit dem Berufsförderungsinstitut (z.B. im Bereich der Berufsreifeprüfung), dem Büchereiverband und in einzelnen Regionen auch mit Kulturvereinen/-institutionen.

Gerhard Bisovsky (Volkshochschule Meidling) weist darauf hin, dass Kooperationen nur auf tatsächlichem Willen, ausreichenden Mitteln und dem Einverständnis aller Beteiligten basieren können. Die Volkshochschule Meidling steht in Kooperationen, die über rein räumliche Aspekte hinausreichen, was Bisovsky für eine wesentliche Grundlage des Gelingens hält. Er bezeichnet den Typus Volkshochschule als prototypische Netzwerkeinrichtung bzw. als funktionierendes Modell von Lernzentren, wie sie im *Memorandum über lebenslanges Lernen* angeregt werden

Hinsichtlich der räumlichen Ressourcen sieht er sich in einer guten Position, da seine VHS in einem neuerrichteten Komplex untergebracht ist, der auch Berufsschulen, Theaterräume und ein Kommunikationszentrum umfasst. Er berichtet, dass er bzw. die KursteilnehmerInnen sehr von den schulischen Baustandards, die dem Neubau zu Grunde gelegt wurden, profitieren, wirft aber gleichzeitig die Frage auf, ob nicht auch bauliche Standards für die Nutzung durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung hilfreich wären. In diesem Zusammenhang spricht Bisovsky auch von einer „Kooperation der Systeme“, was die ressourcenoptimierte Nutzung technologiebasierter Lernumgebungen betrifft.

Er weist darauf hin, dass seiner Einschätzung nach Bestrebungen zu mehr Modularisierung wichtig wären, um die Interaktion mit Schulen/Universitäten zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Zuletzt weist er noch auf die gelungene virtuelle und überinstitutionelle Vernetzung im Rahmen des Wiener Bildungsnetzes hin.

Wolf-Dietrich Halwa und Wolfgang Schöffner (Studium+Management Center Salzburg): Halwa verweist auf die Entwicklung von Personal- über Organisations- zu Regionalentwicklung. Er sieht Bedarf in einem Re-Design für Ausbildungen, um dem drohenden Arbeitskräftemangel wegen Qualifizierungsdefiziten begegnen zu können. Schöffner berichtet von regionalen Bedarfserhebungen hinsichtlich des Lern- bzw. Qualifikationsbedarfs. Diese wurden in Salzburg als Ausgangspunkt für überregionale und überinstitutionelle Bildungscluster genutzt. (Lerninstitut, Schaffung einer GmbH mit Stadtmarketing Saalfelden, Tourismusverband, Hotels, ...) Ziel war es, Wissen individuell zu adaptieren und zur Verfügung zu stellen. Dies soll in Kooperationen mit Universitäten, FH-Studiengängen u.a. entsprechend dem Vorbild der Fernuniversität Hagen erfolgen.

Anton Gradwohl (Wirtschaftsförderungsinstitut Österreich) verweist auf zahlreiche Kooperationen seiner Institution mit Ministerien, Unternehmen und weiteren Institutionen. Diese erfolgen nicht ausschließlich national, sondern auch in internationalen Zusammenhängen.

Angela Weilguny (bm:bwk) berichtet, dass Fernstudien und neue Medien individuellen Zugang zu Bildung bzw. Bildungsinhalten bieten und sich vor diesem Hintergrund auch neue Akzente in der Regionalisierungsdebatte ergeben. Zum einen verschwimmen räumliche und institutionelle Grenzen, zum anderen müssten Angebote/Antworten zunehmend konkrete Bedarfe treffen. Um dies sicherstellen zu können, sind engere Kooperationen aller Beteiligten notwendig. Weilguny betont daher die Notwendigkeit, bisherige Denkstrukturen aufzugeben und einer zunehmenden Bedarfsorientierung Rechnung zu tragen. Als zusätzliche Aufgabe für Institutionen sieht sie in Zukunft die Bildungsbegleitung ("Weiterbildungscoach").

Ingeborg Hart (Fernstudienzentrum Steyr) verweist auf den Versuch, durch die Schaffung des Fernstudienzentrums Steyr die Universität in die Region zu "entsenden". Dies erfolge in Kooperation mit der Fernuniversität Hagen, die weltweit über 60.000 Studierende aufweise, wobei das Fernstudienzentrum Steyr Studierende nicht nur aus Österreich, sondern auch aus Slowenien,

Tschechien und dem süddeutschen Raum betreue Das Motto laute, die Lehre zu den Studierenden zu bringen, und zwar immer mehr auch über neue Medien (trotzdem begleitet und berufsbegleitend). Für Steyr sei bemerkenswert, dass sich die Angebote inhaltlich nicht nur an der ansässigen traditionellen Industrie/Wirtschaft orientieren, sondern z.B. "Führung in Non-Profit-Organisationen" angeboten wird. Allerdings erfolge sehr wohl auch FacharbeiterInnen-Weiterbildung in einzelnen Sequenzen bzw. Modulen. Ein FH-Studiengang in Zusammenarbeit mit Industrieunternehmen ist in Entwicklung.

Christian Schütz (Stadtschulrat für Wien) erläutert, dass in der Frage von Kooperationen und Netzwerkbildungen zwischen den Interessen der Stadt als Schulerhalter, und den Interessen der DirektorInnen/LehrerInnen zu differenzieren ist. Auf beiden Seiten sei aber jeweils Aufklärungs- bzw. Bewusstseinsarbeit zu leisten, Verständnis zu wecken. Der Zurückhaltung hinsichtlich von Schülöffnungen für andere Bildungsanbieter und Vereine könne durch positive Beispiele und eine partizipative und behutsame Vorgehensweise mit Betroffenen begegnet werden. Schon jetzt funktioniere die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Nutzung von Turnsälen gut, die Klassenräume hingegen seien insbesondere bei neueren Schulbauten auf Grund der verbesserten architektonischen Planungskonzepte übergreifend nutzbar.

Nina Fränzl (Leonardo da Vinci Nationalagentur) berichtet, dass das europäische Berufsbildungsprogramm *Leonardo da Vinci* durch nationale und internationale Vernetzung einen Beitrag leistet, um das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure (z.B. Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Sozialpartner) zu fördern. Ziel in diesem Zusammenhang ist es insbesondere, regional/national bedeutsame Projekte zu unterstützen, wobei Fränzl kritisch anmerkt, dass auch die Verbreitung bewährter Projekte bei Auslaufen der Fördermöglichkeit aus EU-Mitteln zu selten national unterstützt wird. Projekte im Jahr 2000 waren z.B. "Lernbarrieren überwinden für F&E-Ingenieure und über 45-Jährige", "Blind People in Qualification" und "Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung" (innovative Methoden zu Reintegration). Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Einbeziehung ausländischer Ideen, um internationale Innovationen auch in Österreich unmittelbar umsetzen zu können.

Harald Schaffer (Berufsförderungsinstitut Wien) berichtet über Kooperationen der Schulen des Berufsförderungsinstituts Wien, die Tagesschulen und Schulen für Berufstätige führen, im Zusammenhang von schulischer Ausbildung und Erwachsenenbildung (z.B. im IT-Bereich). Auch Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen liegen vor, um den Import von Know-how und damit eine bedarfsgerechte Ausbildungen bieten zu können. Weiters gibt es Kooperationen mit vier ausländischen Partnerschulen (Ungarn, Slowakei, Tschechien) im Rahmen "grenzüberschreitender Projekte vor Ort", die über neue Medien organisiert werden. So wird beispielsweise eine gemeinsame Zeitung herausgegeben.

Monika Petermandl (Fachhochschulrat) hält fest, dass auch die Fachhochschulen teilweise auf Kooperationsmodelle hinsichtlich der Raumproblematik angewiesen sind. Da Fachhochschul-Studien zum Teil auch berufsbegleitend möglich sind, heißt das für diese Bildungseinrichtungen, "rund um die Uhr" offen zu

sein. Hinsichtlich der Angebotsentwicklung hat man bei den Weg gewählt, von vornherein in Kooperation von ExpertInnen aus Wirtschaft und Universitäten Inhalte und Organisationsformen zu entwickeln. Fachhochschul-Zentren sollen Petermandls Einschätzung nach Dienstleister in Regionen sein) und Bedarfe erfüllen helfen. Das bedeutet auch, dass das Kompetenzprofil der jeweiligen Fachhochschulstudiengänge in regionale Cluster einzubetten ist.

Emmerich Riesner (Bürgermeister Neumarkt/Wallersee) freut sich, dass Neumarkt/Wallersee im *Länderbericht zum Memorandum über lebenslanges Lernen* als good-practice-Modell genannt wird. Das Schulzentrum vereint auf gemeinsamem Areal Bundes- und Pflichtschulen, und zwar 2 Volksschulen, eine Hauptschule, eine Polytechnische Schule, , eine Handelsschule und Handelsakademie, ein Bundesoberstufenrealgymnasium und eine, Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe, d.h. verschiedene Erhalter müssen koordiniert werden bzw. kooperieren. Auch auf kommunaler Ebene sind Kooperationen erforderlich, da das Einzugsgebiet dieser Schulen sich über 42 Gemeinden erstreckt, weshalb bei einem Einwohnerstand von rund 5.000 Personen täglich rund 2.000 Schüler/innen das Schulzentrum aufsuchen.

Weitere Kooperation bestehen mit Kulturvereinen und -initiativen (Theateraufführungen in den Schulen, Ausstellungen). Subventionen für die Erwachsenenbildung gibt es von Land und Stadt, diesbezügliche Veranstaltungen können aber nicht in der Handelsakademie, der Handelsschule oder dem Bundesoberstufenrealgymnasium stattfinden, da der Raumbedarf dort sehr knapp ist und auch Vorbehalte bestehen. In der Polytechnischen Schule können z.B. EDV- und Werkräume durch Einrichtungen der Erwachsenenbildung genutzt werden –d.h. dass hier eine gute Kooperation für die Bereiche Freizeit und Neue Medien möglich ist. Auch hier bestehen aber fallweise Probleme mit der Nutzung durch verschiedene Personen (wer war zuletzt da?).

Gemeinsam mit dem Bund wurde ein Festsaal errichtet, hier gibt es genaue Aufstellungen bzgl. Wartungs-, Erneuerungskosten mit entsprechendem administrativen Aufwand (funktioniert allerdings sehr gut). Dieser Saal kann für schulische und Gemeindebelange genutzt werden, für Fremdnutzung werden jeweils Verträge geschlossen (für Erwachsenenbildungseinrichtungen entgeltlos, lediglich ein Reinigungssatz von ATS 75,00 pro Stunde wird verrechnet). Verwaltet wird der Saal von einem Saalkoordinator (private Firma), diese Verwaltung ist aber defizitär, weshalb der Festsaal mit rund ATS 400.000,00 pro Jahr subventioniert werden muss.

Für die Volkshochschule ist die Nutzung aller Räumlichkeiten und der EDV gratis, darüber hinaus gibt es eine geringe Subvention von ATS 10.000,00 pro Jahr durch die Gemeinde. Eine zusätzliche Problematik besteht im Bereich der Ehrenamtlichkeit: hier kann es zu Konkurrenz/Neid gegenüber einzelnen bezahlten Personen kommen, die Tätigkeiten im selben Bereich erfüllen.

Elfriede Altenhuber (Jugend am Werk) berichtet von Modellen der Bildungsassistenz und Integrationsbegleitung für Behinderte, um für diese Gruppen Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft zu finden. Im Rahmen dieser Assistenzen wurden auch mit den Unternehmen gemeinsam Bildungspläne ausgearbeitet. Darüber hinaus bietet Jugend am Werk ein Jobcoaching an, wobei sich die konkrete Be-

gleitung/ auf Grund von Vorbehalten der Wirtschaft letztlich doch schwierig gestaltet. Eine engere Kooperation wäre daher wünschenswert.

Die Lehrlingsausbildung führt *Jugend am Werk* im Rahmen des *Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung* (NAP) durch: früher war die Ausbildung in Stiftungen allerdings bis zum Ende der Lehre möglich, heute gibt es nur noch 10-monatige Berufslehrgänge, in denen Ausbildung, Vermittlung und Sensibilisierung für lebenslanges Lernen durchgeführt werden sollen. Wichtig wären individuelle Bildungspläne, und auch für diesen Bereich besteht der Wunsch nach stärkerer Kooperation mit der Wirtschaft.

Vernetzung gibt es besonders im Behindertenbereich (national, EU, international), im Lehrlingsbereich weniger.

Reinhold Bauer (Jugend am Werk) berichtet über die Arbeit von Jugend am Werk: angeboten werden Erstauss- und Weiterbildung im Handwerk, ausgebildet werden acht Berufe in fünf Standorten, zwischenbetriebliche Ausbildung gibt es in Kooperation mit Wirtschaft und (halb-)öffentlichen Betrieben/Gemeinden, wobei die Koordination im Rahmen des *Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung* gut funktioniert hat. Kooperationsmodelle hält Bauer gerade hinsichtlich der Bedarfserhebung an nachgefragten Qualifikationen für wesentlich. So können nach konkreten Firmennachfragen spezielle Ausbildungsmodule angeboten bzw. spezielle Zielgruppen gefördert werden.

Im Rahmen der Weiterbildung gibt es auch Kooperation mit anderen Institutionen, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Allerdings sieht Bauer hier großen Handlungsbedarf, da diese Doppelgleisigkeiten teilweise von ein und demselben Erhalter geschaffen worden seien.

Adi Leitner (Stadtschulrat für Wien) berichtet über Kooperationen mit der Wirtschaft über Sponsoringverträge (das Unternehmen richtet eine bestimmte Infrastruktur ein und darf sie zum Teil auch nutzen). Bei Kooperationen muss allerdings ein gegenseitiges Angebot gegeben sein, d.h. die einseitige „Förderung“ von Partnern innerhalb von Kooperationsprojekten erachtet Leitner als nicht tragfähige Basis.

Probleme können aber auch durch eine inadäquate Auslegung der Schulautonomie entstehen. Leitner betont dezidiert, dass die Nutzung der schulischen Strukturen durch die Erwachsenenbildung (Stichwort: lebenslanges Lernen) bei der Erarbeitung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen intendiert war. „Autonom“ seien Schulleiter/innen also lediglich insofern, als die Teilautonomie der Schulen sie berechtige, Verträge im Namen der Republik abzuschließen. Das Gesamtinteresse des Bundes sei durch die Direktor/innen aber stets zu wahren.

Jutta Kleedorfer (MD-BD Stadt Wien) berichtet über die Nachfrage nach öffentlichem Raum, die besonders am Nachmittag bzw. Abend, an Wochenenden und in den Ferien gegeben ist. In Wien sei mehr Verantwortung an die einzelnen Bezirke delegiert worden, um zu besseren lokalen Vernetzungen der unterschiedlichen Bildungsbereiche zu gelangen. Auch wenn die Haftungsfrage in vielen Bereichen ungenügend abgeklärt sei, könne die Pflichtschulautonomie doch auch eine größere Flexibilisierung bei der Finanzierung von "Schäden" bringen. Ein „good practice“-Beispiel sei Anif, wo das Sportzentrum öffentlich

ist. Eine weitere Anregung Kleedorfers betrifft die Zwischennutzung von Baulücken, die etwa für sportliche Zwecke beispielbar gemacht werden könnten.

Grete Dorner (FEB Steiermark<sup>1</sup>) berichtet von der Situation in der Steiermark, wo ca. 200 Gemeinden über keine öffentliche Erwachsenenbildungseinrichtung verfügen. Vernetzung und Strukturentwicklung – auch unter Einbeziehung der neuen Medien – seien daher unabdingbar, allerdings sollten derartige Projekte unter Begleitung entsprechender Netzwerkforschung bzw. theoretischer Betreuung ablaufen. Die Bildungsbedarfserhebung und die Einbindung der ehrenamtlich Tätigen in die Koordination seien weitere wesentliche Aspekte. Die Anforderungen an die Erwachsenenbildung seien heute grundsätzlich anders als noch vor 15 Jahren, gearbeitet werde aber oft noch nach alten Konzepten. Für die Lösung und/oder Erleichterung anstehender Probleme seien qualitative Netzwerke besonders wichtig. Funktionierende Kooperationen bedürften aber a) gemeinsamer Leitideen und b) der Distanz zur jeweils eigenen Systemlogik. Nur dann könne qualitativ Neues in Netzwerken entstehen, das über die bloße Ressourcenoptimierung hinausreiche.

Karin Schwarz (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau) berichtet über die allmählich entstehende Diskussion über Mehrfachnutzung im Schulbau (insbesondere auch der Schulfreiflächen) im *Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau* bzw. dem schulischen Bereich überhaupt. Das *Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau* versuche dabei, sowohl den Interessen des Bundes wie der Länder Rechnung zu tragen, da es eine Stiftung beider darstellt. Neuere Entwicklungen könne aber jederzeit Rechnung getragen werden, da die Empfehlungen für den Schulbau laufend erweitert werden.

Pause

Diskussionsrunde ab 16:30

## 4. Diskussion der TeilnehmerInnen

Peter Schlögl schlägt zwei Stufen vor:

1. welche persönlichen Strategien für Vernetzung/Verbund für sich selbst als bedeutsam und erfolgversprechend angesehen werden
2. Gruppierung von 1., um eventuelle Kooperations- bzw. NetzwerkpartnerInnen oder -modelle zu finden

Ergänzend zu den Diskussionsbeiträgen werden von den TeilnehmerInnen knappe strategische Ansätze bzw. Prinzipien abgefragt, die Basis einer koordinierten Erwachsenenbildungspolitik sein könnten. Diese werden notiert und auf „Moderationswolken“ zugänglich gemacht (siehe Punkt 5. weiter unten).

---

<sup>1</sup> Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung

Dorner: Intention bzw. Auftrag der Vernetzung muss klar sein und der Beziehungsaspekt in der Vernetzung ist zu beachten. Vernetzung muss vor allem aber als *Instrument* im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel verstanden werden, d.h. die verschiedenen Aufgabenstellungen müssen klar gemacht werden, und Vernetzung darf nicht als Selbstzweck betrieben werden.

Kleedorfer: Visionen und Ziele sind bei Netzwerkbildungen wichtig, aber auch Experimente und, Spontaneität sollten parallel möglich sein.

Bauer: Die Definition von Zielen ist bei Netzwerkbildungen wichtig, Acht gegeben werden muss aber auch auf den finanziellen Rahmen. Die Problematik etwa der Raumzugänglichkeit darf nicht an (einzelnen) Personen scheitern, weshalb Partnerschaften am besten mit inhaltlich Gleichgesinnten anzustreben sind.

Altenhuber: Wichtig für gute Vernetzung ist eine genau definierte Arbeitsteilung von Beginn an, um Konkurrenzverhalten zu vermeiden.

Riesner: Vieles in diesem Bereich bleibt an den Gemeinden hängen, da z.B. die Bundesschulen im Schulzentrum Neumarkt am Wallersee weniger aktiv hinsichtlich möglicher Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen sind. Fehlende Kooperationsbereitschaft aber trifft besonders finanziell die Schwächsten. Daher muss die Zusammenarbeit zwischen den Trägern Bund, Länder und Gemeinden besser koordiniert werden, um Kultur und Erwachsenenbildungseinrichtungen finanziell zu entlasten. Details dürfen dabei nicht aus den Augen verloren werden, da z.B. Volksschulklassen für kleine Kinder geplant und eingerichtet und für die Erwachsenenbildung daher auch bei Bereitschaft zur Zusammenarbeit kaum von Nutzen sind.

Petermandl: Durch Vernetzung sollte immer für alle Partner ein erkennbarer Nutzen entstehen, aber auch die aktive Partnersuche kann schon Ergebnisse bringen, da sich daraus unter Umständen Nutzenaspekte ergeben, die vorher nicht bekannt waren. Beziehungsaspekte in Netzwerken dürfen nicht übersehen werden, was bedeutet, dass gerade in der Zusammenarbeit von Institutionen, die in einem potenziellen Konkurrenzverhältnis zueinander stehen, vertrauensbildende Maßnahmen erforderlich sind.

Schaffer: Gute Vernetzung sollte klein beginnen und schrittweise wachsen. So können auch Modelle mit Mängeln weitergeführt werden, da diese leichter beherrschbar sind; wichtig sind auch vertrauensbildende Maßnahmen.

Fränzl: Das „Marketing“ der leitenden Idee darf bei Netzwerkprojekten nicht vernachlässigt werden. Um mögliche Partnerschaften zu finden, muss das Ziel des Netzwerks präsentiert werden und müssen umgekehrt strukturiert Informationen eingeholt werden. Daher sollte das „Profil“ möglicher Partner am besten vorab zu definiert werden, um die Erwartungen und die Rollenverteilung innerhalb der Zusammenarbeit von Anfang an klar formulieren zu können. Gute Partnerschaft braucht aber auch Kommunikationsmöglichkeiten und -willen.

Schäffner: Ein Netzwerk ist nicht abstrakt, sondern Kooperation muss in einem dynamischen Prozess tatsächlich stattfinden. Nur den Bedarf zu erfragen bringt nichts Neues, sondern Neues entsteht eher durch Kooperation. Dieses offene Muster anwendend, sollte der Bildungsbereich daher nicht Produkte, sondern Prozesse anbieten.

Schütz: Bedarf und möglicher Nutzen von Bildungsk Kooperationen sind oft gar nicht bekannt, daher sollte bei der Koordination entsprechende Hilfestellung angeboten werden. Diese Hilfestellung beginnt bereits bei entsprechender Informationsweitergabe, d.h. auch gute Vernetzung kann durchaus klein beginnen.

Hartl: Um zu besseren Modellen der Zusammenarbeit zu gelangen, muss die Konkurrenzangst abgelöst werden von einem Nutzeninteresse, das etwa der Frage folgt: "Was kann jemand anderer, was ich nicht kann?" an Stelle der Frage "Was nimmt mir jemand (möglicherweise) weg?". Daher sollten zunächst kleinere Netzwerk-Prototypen entwickelt werden, die dann auch im Großen funktionieren, denn Vernetzung ist ein eigener Lernprozess.

Weilguny Jedes Netzwerk, das qualitativ Neues entwickeln will, erfordert vor allem Mut zur Vision. Dazu müssen die Scheuklappen der Institutionen abgebaut werden, und nicht nur der Mut zum Experiment und zum Risiko müssen entwickelt werden, sondern auch der Mut zum möglichen Scheitern.

Gradwohl: Die Transparenz sowohl des Angebots als auch der Nachfrage muss verbessert werden (Bsp. Bildungsdatenbank „eduvista“<sup>2</sup> des bm:bwk im Internet, die zwar die Anbieter vorstellt, diesen aber keine Rückmeldung über die Nachfrage gibt). Auch regt Gradwohl eine Ideen-Kooperationsbörse für die Ausarbeitung von Projekt- und Netzwerkentwicklungen an. Bei einer Vernetzung sollte seiner Auffassung nach auch über eigene Grenzen hinausgegangen und Synergien im Sinne der TeilnehmerInnen genutzt werden.

Halwa: Die Entwicklung auch international vergleichbarer Qualitätskriterien ist die Voraussetzung, um mehr Transparenz hinsichtlich möglicher Kooperationen zu schaffen. Gleichzeitig plädiert Halwa dafür, vom ausschließlichen „Gebäudededenken“ abzugehen, demzufolge Bildung nur in Schulen stattfindet. Ein Re-Design im Hinblick auf den Lernprozess und das dafür notwendige Ambiente sollten im Vordergrund stehen, d.h. Bildung an sich müsse „neu gedacht“ und „neu erfunden“ werden.

Bisovsky: Ein Re-Design ist positiv zu bewerten, aber Experimente sollten in kleinen Räumen geschehen, da große Ansätze oftmals nur Papier bleiben. Die lernenden Menschen dürfen dabei nicht aus den Augen verloren werden, weshalb nicht nur der Aspekt des „lebenslangen“ (lifelong), sondern auch der des und „lebensumspannenden“ (lifewide) Lernens, d.h. des Lernens in allen Lebenslagen, berücksichtigt werden muss. Die individuellen Lernbedarfe sind insbesondere vor diesem Hintergrund zu erheben und gemeinsam mit allen Beteiligten umzusetzen. Eine Konkurrenz der Anbieter sollte hier aber durchaus positiv gesehen werden, da sie die Dynamik in der Entwicklung und Verbesserung von Modellen unterstützt. Aus Erfahrungen von Koordinationsvor-

---

<sup>2</sup> <http://www.eduvista.com>

haben in der Erwachsenenbildung plädiert Bisovsky eher zur Abkehr von großen Lösungen: Die Förderung von kleinräumigen, gemischten Netzwerken, die finanzielle Förderung auch von Verbreitungsmaßnahmen innerhalb einer „Learning City“ oder einer „Lernenden Region“ scheinen ihm zielführender.

Teuschler: Auch Kooperation und Vernetzung im Bildungsbereich erfordern klare öffentliche Bekenntnisse, die von der Bildungspolitik daher einzufordern sind. Regionalentwicklung muss nämlich ein *politisches* Ziel darstellen und ist umfassender als nur die wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung zu sehen. Daher machen Kooperationen gerade zur Umsetzung eines ganzheitlichen Bildungsbegriffs Sinn, wofür gemischte Vernetzungen wichtig sind, aber dennoch nur das Mittel zum Zweck bilden. Wesentlich ist auch, dass nicht nur Projekte, sondern auch *Strukturen* von der öffentlichen Hand gefördert werden müssen, um einen breiten öffentlichen Zugang und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Winkler: Institutionelle Neugründungen sollten überdacht bzw. hintangestellt werden, um statt dessen vorerst einmal das vorhandene Optimierungspotenzial auszuschöpfen. Ressourcenoptimierung sollte aber nicht nur räumlich gedacht werden, sondern auch in personeller Hinsicht bzw. hinsichtlich des vorhandenen Know-hows. Kooperationen sollen zu beiderseitigem Nutzen sein und daher partnerschaftlich aufgebaut werden, und insbesondere warnt Winkler vor Überreglementierungen: Die inneren Strukturen einzelner Institutionen sollten möglichst flach gehalten sein, denn viele Dinge sind vor Ort besser entscheidbar, da im operativen Bereich ein problembezogeneres Know-how vorliegt.

Wappelshammer: Durch Vernetzung entsteht nicht nur materieller Nutzen (Räume), auch mentale Grenzen in Verbänden und Vereinen brechen auf. Daher appelliert Wappelshammer an den Mut zu Kooperationen auch mit "unsympathischen" Vereinen und politisch anders Denkenden. Vernetzung sollte in offener, selbstreflexiver Kultur passieren, schrittweise kleinräumige Experimente ausbauen und die Öffnung von (auch immateriellen) Räumen betreiben. Dabei darf aber auch nach Wappelshammer nicht "überreglementiert" werden.

Kral: Zwischen Erstausbildung und Weiterbildung ist eine neue Balance herzustellen, die ohne eine Neubewertende Relativierung der Erstausbildung nicht herzustellen sein wird. Eine verbesserte gemeinsame Nutzung von Räumen, Personen und Ressourcen wäre anzustreben. Die vorliegende Differenzierung der Verantwortung zwischen Bund/Land/Gemeinde sollte gleichfalls überdacht werden, da hier die öffentliche Hand privaten AkteurInnen gegenübersteht, welche auf Grund der „Unenteilbarkeit von Steuergeldern“ kaum Verständnis für die Konkurrenz der öffentlichen Hände untereinander aufbringen. Vernetzung ist für Kral grundsätzlich ein Konflikt-Setting, weshalb insbesondere eine *Vereinbarungskultur*, die Verbindlichkeiten schafft und gleichzeitig eine in Österreich wenig ausgebildete produktive „Konfliktkultur“ etabliert, notwendig ist. Wichtig sind aber auch klare Zielsetzungen von Seiten der Bildungspolitik und nicht nur Sonntagsreden.

Netzer: In dieser Diskussion fehlen ihm konkrete Wünsche an die Bildungspolitik, konkreter Handlungsbedarf ist nur zaghaft angeklungen. Netzer stellt auch die

Frage nach Vernetzung der Anwesenden in Hinblick auf die Erstellung eines Forderungskatalogs.

Dieser Einwurf löst Unruhe bei einzelnen Anwesenden aus, da das zunächst nicht als unmittelbare Aufgabe des Workshops aufgefasst worden war. Dennoch wird die Bedeutung solcher Einschätzungen betont. Schlögl weist darauf hin, dass eine Weiterarbeit dieser Gruppe diesbezüglich sinnvoll erscheint und eine Möglichkeit mit dem bm:bwk geklärt werden wird.

Dorner: Nach ihrer Meinung besteht die zentrale Intention von *Grundbotschaft 6* des *Memorandums über lebenslanges Lernen* darin, qualitative Netzwerke zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Schulen und regionalen Dienstleistern etc. zu schaffen. Das setzte aber eine geänderte Förderungslandschaft bzw. -praxis voraus. Dorner regt auch ein Überdenken hin zu kleinräumigen Projekten an.

Petermandl: Die Förderung von Grundstrukturen (Koordination) ist wichtig, insbesondere der Aufbau von Strukturen muss gefördert werden. Nach einer Anlaufzeit soll ein Netzwerk aber unabhängig weiterlaufen (können).

Wappelshammer: Vernetzung muss etwas kosten dürfen, da dies eine professionelle Aufgabe ist. Das muss auch politischen EntscheidungsträgerInnen klar sein.

Kral: Die Verantwortung der Netzwerkträger darf sich nicht „verlaufen“, d.h. Netzwerkbildungen können gefördert und als bildungspolitisches Ziel formuliert, aber nicht von oben her durchgeführt werden. Gute Projekte verselbstständigen sich und bedürfen daher keines „Vernetzers“ auf Metaebene.

Wappelshammer: Die Etablierung neuer Strukturen soll überdacht werden.

Bisovsky: Die komplementäre Förderung transeuropäischer Netze ist wichtig aber schwierig, z.B. kann im Rahmen von *Sokrates*-Projekten der Projektkoordinator nicht finanziert werden.

Dorner: Optimal wäre eine öffentliche Stelle, die Vernetzung fördert und Ressourcen unterstützt.

Teuschler bringt als ergänzendes Beispiel zu dem von Bisovsky gewählten das EU-Grenzregionenprogramm *Interreg* ein: Dort wird der Kooperationsaufbau nicht mehr gefördert, obwohl bei diesem Programm eine lange Vorlaufphase anfällt.

Netzer: Seitens des bm:bwk wäre eine zweite ExpertInnenrunde möglich, Frage an Anwesende, ob sie dazu bereit wären, im Herbst mit analogen Zielsetzungen wieder zusammentreffen zu wollen, um Programmatisches zu diskutieren, auf heutiger Sitzung aufbauend.

Winkler: Bei Formulierung des Ergebnisses sollte beachtet werden, dass: nicht nur von Schule und Erwachsenenbildung gesprochen wird, sondern auch die Hochschulen, Universitäten, Fachhochschulen, die Lehrlingsausbildung, die Bildungswerke sowie die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen im Erwachsenenbil-

dungsbereich sprachlich entsprechend erfasst werden. Darauf wird oft vergessen, muss aber auch berücksichtigt werden.

Schlögl bekräftigt die Notwendigkeit einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema und will keine „thesenhaften“ Schlussfolgerungen formulieren, sondern mit dem bm:bwk klären, ob eine Weiterentwicklung der nun erschlossenen Wissensbasis in ähnlicher Runde möglich sein wird.

Dort sollen neben der nur begonnenen Gruppierung von Strategieansätzen auch die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten einer netzwerk- bzw. verbundfreundlichen Erwachsenenbildungslandschaft thematisiert werden.

## 5. Thesenhafte Strategieansätze aus der Diskussion

Im Folgenden werden von den TeilnehmerInnen eingebrachte Punkte einer aus ihrer Sicht erfolgreichen Netzwerk- oder Verbundbildung bzw. -arbeit genannt.

Die folgende thematische Gliederung wurde nachträglich geleistet.

### Neue Lernkultur

- Die Lernenden im Mittelpunkt
- Ergänzungen suchen im offenen Lernraum
- Re-Design des Lernprozesses

### Neue Arbeitskultur (Netzwerke, Verbünde)

- "gemeinsame Prozesse", „bottom up“-approach
- (Mehr-)Nutzen für alle Partner + gutes Beziehungsgeflecht
- es darf nicht einer übrig bleiben
- klare Rollen
- Nach außen: was will ich?, nach innen: wen nehme ich auf?
- Partner mit gleichen Zielen finden
- Schritt für Schritt zum Erfolg
- Spannungsfeld von Ziel + "work in progress"

### (Neue) Aufgaben für öffentliche Stellen (und Fördergeber/innen)

- "Neuetablierungen" gut überlegen, Projekte für Mehrfachnutzung
- Koordination und Information von Angebot und Nachfrage
- Mut zum Experiment, Mut zur Vision, Perspektiven öffnen
- offene selbstreflexive Kultur zur Gestaltung von öffentlichen Räumen
- Regionalentwicklung als umfassender Begriff
- Servicestelle für Projekte
- Synergien erzeugen
- Transparenz
- Vernetzung als Bestandteil der Vereinbarungskultur
- Vernetzung als Instrument auf ein Ziel hin

Vielfach sind Mehrfachzuordnungen zu den Themenkomplexen möglich und sinnvoll.

## 6. Weitere Vorgehensweise

Netzer und Schlögl kündigen an, mit dem bm:bwk zu klären, ob ein neuerliches Zusammentreffen für eine weiterführende strategische Entwicklung möglich sein kann, wenn diesbezügliches Interesse besteht.

Schlögl dankt den Anwesenden für die aktive Mitarbeit und verabschiedet sich.

## 7. Resümee<sup>3</sup>

1. Kooperationsvorhaben und Netzwerke, die durch Ressourceinteilung und –optimierung letztlich auch volkswirtschaftlichen Kriterien Rechnung tragen, bedürfen der uneingeschränkten Unterstützung von Seiten der Politik. Dazu zählen klare politische Willensbekundungen ebenso wie die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, welche den unterschiedlichen Akteuren aus Schulen, Erwachsenen- und Weiterbildung sowie dem tertiären Bereich ein tatsächlich *partnerschaftliches* Agieren ermöglichen.
2. Kooperationen und Netzwerke bedürfen einer gewissen Planungssicherheit, zur breiteren Umsetzung aber auch einer gewissen Nachhaltigkeit. Beides ist nur möglich, wenn das politische Interesse von Ländern, Gemeinden und Bund sich auch in der Bereitstellung entsprechender finanzieller Ressourcen niederschlägt.
3. Die Notwendigkeit der Kooperation und Netzwerkbildung betrifft nicht nur die Bildungseinrichtungen selbst, sondern auch die wichtigsten Träger, d.h. die öffentliche Hand in Form des Bundes, der Länder und Gemeinden. Bildungspolitische Uneinigkeit, Kompetenz- und Zuständigkeitsstreitigkeiten unter diesen Trägern wirken sich auf die Kooperationsbereitschaft und Kooperationsmöglichkeit der Bildungsanbieter unmittelbar aus und sind einer Verbesserung der Situation abträglich. Das Erarbeiten eines integrativen Konzepts erscheint daher sinnvoll.
4. Von der Europäischen Union geförderte Kooperationsprojekte führen häufig zu einem „stop and go“-Effekt, da auch Projekte, die sich bewährt haben, kaum auf eine dauerhafte Basis gestellt werden können. Die Erarbeitung eines umfassenden Bildungskonzepts erscheint sinnvoll, um Strategien, die in Pilotprojekten überzeugen konnten, nachhaltiger in der Bildungslandschaft zu verankern.
5. Bildungskooperationen und –netzwerke auf regionaler Ebene sind als Teil der Regionalentwicklung insgesamt zu sehen, d.h. sie bedürfen des politisch-integrativen Rückhalts ebenso wie der kritischen Vergewisserung durch Wissenschaft und Forschung. Auf eine entsprechende Verankerung ist daher Bedacht zu nehmen.
6. Kooperationen und Netzwerke können nur dann dauerhaft funktionieren, wenn jeder der involvierten Partner davon profitiert. Gerade vor dem Hintergrund der zögerlichen Öffnung vieler Schulen gilt es, Anreizsysteme zu finden, die den Wert von Kooperationen auch für Schulen erhöhen, ohne dass dadurch weitere Mehrbelastungen für die Erwachsenen- und Weiterbildung entstehen.
7. „Bildungszentren“, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen entsprechen, können nicht durch bloße Schulöffnung geschaffen werden. Bereits bei der Errichtung ist in der architektonischen Gestaltung der Nutzflächen sowie der Ausstattung auf die multifunktionale Nutzbarkeit Rücksicht zu nehmen. Bestehende Erfahrungen von Kooperationen zwischen

---

<sup>3</sup> Diese resümierende Zusammenfassung der Workshopergebnisse stellt *keine* gemeinsam verabschiedete Stellungnahme dar. Vielmehr werden hier jene Schlussfolgerungen wiedergegeben, die als „Schnittmenge“ der Diskussionsbeiträge bzw. als häufig wiederkehrende Forderungen zutage traten und auf breitere Zustimmung stießen.

Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen könnten genutzt und in entsprechende Empfehlungen des *Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau* eingearbeitet werden.

8. Die Schaffung einer „Kooperationsbörse“ im Bildungsbereich wäre hilfreich, indem diese „Börse“ die Wahl der Kooperationspartner erleichtern und fördern könnte, aber auch Know-how zur Netzwerkbildung (auch auf Basis der neuen Technologien) bereitstellen, Förderstrategien vermitteln und „best practice“-Modelle verbreiten könnte.

## 8. Anhang

### 8.1. TeilnehmerInnen des Workshops

Mag. Elfriede Altenhuber, *Jugend am Werk / Mobile Berufsausbildung*

Reinhold Bauer, *Jugend am Werk / Lehrwerkstätten*

Dr. Gerhard Bisovsky, *Volkshochschule Meidling, Wien*

Mag. Margarete Dorner, *Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung, Steiermark*

Mag. Nina Fränzl, *Leonardo da Vinci Nationalagentur*

Ing. Anton Gradwohl, *Wirtschaftskammer Österreich*

Wolf-Dietrich Halwa, *Studien- und Managementcenter Pinzgau, Saalfelden*

Mag. Ingeborg Hartl, *Fernstudienzentrum Steyr*

DI Jutta Kleedorfer, *Magistrat der Stadt Wien, MD-BD Projektleitstelle*

Dir. Mag. Paul Kral, *Pädagogisches Institut der Stadt Wien*

Mag. Adolf Leitner, *Stadtschulrat für Wien*

Mag. Monika Petermandl, *Fachhochschulrat*

Dr. Emmerich Riesner, *Bürgermeister Neumarkt a. Wallersee*

HR Mag. Harald Schaffer, *Schulen des Berufsförderungsinstituts, Wien*

Dr. Wolfgang Schäffner, *Studien- und Managementcenter Pinzgau, Saalfelden*

Mag. Christian Schütz, *Stadtschulrat für Wien/ Wiener Bildungsnetz*

DI Karin Schwarz, *Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau*

Dr. Christine Teuschler, *Verband Burgenländischer Volkshochschulen*

Mag. Elisabeth Wappelshammer, *Österreichisches Institut für Erwachsenenbildung*

Mag. Angela Weilguny, *Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abt. VII/D/1*

Edith Winkler, *Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abt. VII/B/1c*

### 8.2. Leitung und Moderation:

Mag. Peter Schlögl, *Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung*

### 8.3. Protokoll:

Karin Putz, *Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung*

(Resümee: Mag. Martin Netzer, *Koordinationsbüro für lebenslanges Lernen*)

## 8.4. Der Konsultationsprozess und die geplanten Koordinationsworkshops

### Konsultationsprozess lt. EU-Memorandum und Regierungsprogramm:

#### **Zeitlicher Ablauf:**

Feber 2001: .....Erste Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe

April 2001:.....Konsultation der Sozialpartner

Mai 2001: .....Plattform [www.lebenslangeslernen.at](http://www.lebenslangeslernen.at)

Mai 2001: .....Rohfassung des Länderberichts

Mai/Juni 2001: ...Koordinationsworkshops zum Memorandum und lt. Regierungsprogramm

20. Juni 2001: ....Abschlusskonferenz zum Konsultationsprozess

Juli 2001: .....Endfassung des Länderberichts an die EU

Herbst 2001: .....Ergänzende Koordinationsworkshops lt. Regierungsprogramm

Ende 2001: .....Aktionsplan der Europäischen Kommission

#### **Geplante Koordinationsworkshops:**

1. Bildungsdaten und Indikatoren
2. Schlüsselkompetenzen
3. Lernmotivation
4. Neue Lehr- und Lernmethoden
5. Anrechenbarkeit von Bildung / Zertifizierung
6. Bildungszentren / Vernetzung / Verbund
7. Erkennung und Erhebung des Qualifikationsbedarfs am Arbeitsmarkt
8. Finanzierungsmodelle und Anreizsysteme
9. Berufs- und Bildungsinformation und –beratung
10. Rolle und Kompetenz der öffentlichen Hand und anderer Akteure
11. Qualitätssicherung
12. Maßnahmen gegen Ausgrenzung